

Fraktion im Rat der Stadt Bornheim

FDP-Fraktion Bornheim, Rathausstr. 2, 53332 Bornheim

Fraktionsgeschäftsstelle

Herrn
Bürgermeister Wolfgang Henseler
Vorsitzender des Rates der Stadt Bornheim
Rathausstr. 2
53332 Bornheim

Stadt Bornheim
27. AUG. 2012
Rhein-Sieg-Kreis

Rathausstr. 2
53332 Bornheim

Tel.: 02222/99 44 50
Fax: 02222/99 44 52

fraktion@fdp-bornheim.de
www.fdp-bornheim.de

Bornheim, 27. August 2012

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

hiermit stellen wir gemäß §3 (1) GeschO den folgenden Antrag für die kommende Sitzung des Rates der Stadt Bornheim:

Gebäude- und Standortkonzept der Stadt BornheimBeschlussentwurf:

Der Rat beauftragt den Bürgermeister, für den zu verkaufenden Teil der Freibadwiese folgendes Projekt zu entwickeln:

- (1) Das zu verkaufende Teilstück der Freibadwiese wird einem Investor mindestens zum Bilanzwert des Grundstücks verkauft.
- (2) Der Investor errichtet auf einem noch näher zu bestimmenden Teil der Fläche ein Gebäude zur dauerhaften Anmietung durch ein privates Unternehmen. Gewünscht sind Nutzungen aus den Bereichen Gesundheit, Sport oder Erholung. Ausgeschlossen sind Einzelhandel und Wohnnutzung.
- (3) Auf einem anderen Teil der Fläche errichtet der Investor ein städtisches Zentrum für Jugend, Bildung und Kultur. Das Gebäude(-ensemble) soll von der Stadt Bornheim dauerhaft gemietet werden und folgende städtische Einrichtungen bündeln: Ein Familienzentrum oder eine Kindertagesstätte mindestens als Ersatz für die Kindertagesstätte Secundastraße, die Volkshochschule, die Stadtbücherei, der Bornheimer Jugendtreff, Räume für die Musikschule. Durch ein ausgewogenes Nutzungskonzept lässt sich gewährleisten, dass insbesondere die Räume für Musikschule, Jugendtreff und Volkshochschule optimal ausgenutzt werden.
- (4) Zwischen dem privaten Gebäude und dem o.g. Zentrum soll ein Mehrgenerationenplatz mit Grünflächen entstehen, der die Fläche auflockert und in Richtung des Hallenfreizeitbads städtebaulich öffnet. Der Platz soll anteilig durch den privaten Nutzer des anderen Gebäudes mitfinanziert werden.

Der Rat beauftragt den Bürgermeister ferner, die Machbarkeit der folgenden Vorhaben zu prüfen:

- (1) Der Ratstrakt des Rathauses soll künftig ausschließlich für den Ratssaal, zwei Sitzungsräume im Obergeschoss, weitere Sitzungsräume im Erdgeschoss und alle Fraktionsbüros genutzt werden.

- (2) Das Gebäude „Alter Weiher“ soll nach Umzug der VHS, der Fraktionsbüros und der Rettungswache genutzt werden, um den FB 4 wieder am Rathaus zu zentralisieren und somit die Mietnutzung auf der Brunnenallee/Friedrichstraße entbehrlich zu machen. Gegebenenfalls ist auf der Fläche der RTW-Stellplätze oder dem für die Polizeiwache vorgesehenen Grundstück ein Anbau bzw. Erweiterungsbau des Rathauses zu errichten oder die kurzfristige Anmietung von Büro/Gewerbeflächen im Umfeld des Rathauses zu prüfen.
- (3) Das Infocenter und das Bürgerbüro sollen in Verbindung mit einer Hausmeisterloge durch einen Anbau in die Bürgerhalle integriert werden, um Büroflächen im Verwaltungstrakt zu schaffen.
- (4) Das Grundstück Adenauerallee/Bonner Straße soll möglichst an das Studentenwerk Bonn zur Errichtung eines Studentenwohnheims verkauft werden, um notwendige Investitionen am oder im Rathaus zu refinanzieren. Falls das Studentenwerk nicht interessiert ist, soll ein privater Investor für dieses Vorhaben gefunden werden. Falls auch diese Variante nicht zu realisieren ist, soll das Grundstück anderweitig veräußert werden.
- (5) Das „alte Bürgermeisteramt“ soll nach Umzug des BJT und des Kindergartens (Kompensation durch neue Kindergärten Bornheim Nord/West und Freibadwiese) für Gastronomie (Erdgeschoss sowie Außenfläche), Trauzimmer (Erdgeschoss) sowie das Stadtarchiv evtl. in Kombination mit einem kleinen Stadtmuseum und Ausstellungsflächen (Obergeschoss) genutzt werden.

Begründung:

Die FDP-Fraktion ist der Überzeugung, dass verschiedene Projekte der Stadtentwicklung in Bornheim gebündelt angefasst werden sollten, um einen integrierten Ansatz zur Lösung unterschiedlicher Frage- und Problemstellungen zu finden. Die im Beschlussentwurf dargestellten Maßnahmen bauen daher aufeinander auf oder bedingen sich gegenseitig. Einzelne Punkte sollten daher an dieser Stelle gesondert begründet werden:

- Freibadwiese: Das zu verkaufende Teilstück der Wiese konnte bislang nicht vermarktet werden. Es bietet sich daher an, lediglich ein Teilstück für eine private Nutzung anzubieten, um im Gegenzug den Rest der Fläche öffentlich mit einem Mehrgenerationenplatz und dem angedachten Zentrum für Jugend, Bildung und Kultur zu belegen. Die Stadt könnte mit diesem Projekt die Wiese teilweise veräußern und als Mieter ein neues Gebäude auf dem Areal nutzen.
- Städtisches Gebäude auf der Freibadwiese: Hier sollen verschiedene Jugend-, Bildungs- und Kultureinrichtungen gebündelt werden, um sich im Sinne eines Clusters gegenseitig zu stärken. Neben einem Kindergarten/Familienzentrum als Ersatz für die wegfallenden Räume im Kloster (vgl. dazu auch Vorlage 347/2012 im JHA am 05.09.2012) kann hier eine neu aufgestellte Stadtbücherei, die VHS, der Jugendtreff sowie die Musikschule neue Räume finden, die sich durch ein kluges Nutzungskonzept im Tagesverlauf unterschiedlich belegen lassen.
- Der Mehrgenerationenplatz würde einen Teil des Grünflächen-Charakters der Freibadwiese erhalten und der Bevölkerung als Ort der Erholung und der optischen Auflockerung des Areals dienen.
- Da der Ratstrakt des Rathauses in geringem Maße mit PCB belastet ist, sollten die Räume nach Auffassung der FDP-Fraktion nicht mehr dauerhaft als Büroraum genutzt werden. Eine Bündelung aller Sitzungs- und Fraktionsräume in diesem Bereich des Rathauses ist sinnvoll. Da diese Räume nur zeitweise belegt sind, ist die PCB-Problematik für die Nutzer weniger gravierend als bei dauerhaft genutzten Büroräumen.

- Durch verschiedene Maßnahmen strebt die FDP-Fraktion eine Konzentration der Stadtverwaltung im Bereich des Rathauses an. Die Nutzung der angemieteten Flächen auf der Brunnenallee / Friedrichstraße ist unserer Auffassung nach aus finanziellen Gründen nicht sinnvoll. Darüber hinaus verbessert eine Konzentration der Verwaltung die interne Kommunikation der Fachbereiche.

- Aufgrund der extremen Knappheit an bezahlbarem Wohnraum und der dauerhaft steigenden Studierendenzahl könnte das Studentenwerk Bonn an der Errichtung eines Wohnheims in Bornheim interessiert sein. Das Studentenwerk betreibt bereits Liegenschaften außerhalb des Bonner Stadtgebiets. Mit dem ÖPNV, dem Fahrrad und dem Auto ist der Standort an der Adenauerallee außerdem mindestens so gut an die Universität angebunden wie Wohnheime in entfernteren Stadtteilen Bonns. Für die Studierenden der Alanus-Hochschule wäre das Wohnheim ebenfalls ideal zu erreichen. Sollten die Verhandlungen mit dem Studentenwerk nicht erfolgreich sein, wäre auch ein privater Investor für dieses Vorhaben denkbar. Insgesamt würde ein solches Vorhaben das Areal rund um das Rathaus deutlich beleben.

- Das „alte Bürgermeisteramt“ könnte im Zuge der Umnutzung zu einem Zentrum für Geschichte, Kultur und Gastronomie werden. Dem Vorbild vieler anderer Städte folgend sollte dieses historische Verwaltungsgebäude außerdem als repräsentativer Ort für Trauungen genutzt werden.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Christian Koch, Jörn Freynick, Thorsten Knott, Hans-Martin Siebert und Fraktion